




Bildungsstaatsvertrag muss kommen

Bildungsstaatsvertrag muss kommen
CDU-geführte Länder legen Vorschlag zu gegenseitiger Anerkennung der Lehrerausbildung vor
Die Kultus- und Wissenschaftsminister der Länder Bayern, Niedersachsen und Sachsen haben am heutigen Mittwoch Eckpunkte für einen Bildungsstaatsvertrag vorgelegt. Er soll die unterschiedlichen Lehrereksamen künftig untereinander anerkennen, die Mobilität von Schülern und Lehrern erleichtern und die Qualität der Lehrerausbildung bundesweit verbessern. Dazu erklärt der für Bildung zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, und der bildungspolitische Sprecher Albert Rupprecht:
"Mit dem Bildungsstaatsvertrag durchkreuzen die CDU-regierten Länder die lähmende Blockadepolitik von Rot-Grün im Bundesrat. Dieser Schritt war überfällig, und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist froh, dass Bayern, Sachsen und Niedersachsen treibende Kraft auf dem Weg zu einem Bildungsstaatsvertrag sind", sagt Michael Kretschmer. "Deutschland braucht mehr Vergleichbarkeit in der Bildung, und es ist höchste Zeit, dass alle Länder diesen Bildungsstaatsvertrag unterstützen und so für mehr Qualität im Bildungswesen sorgen. Eltern, Schüler und Lehrer erwarten einen handlungsfähigen Föderalismus, der Bildung fördert, statt sie zu behindern", erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.
Michael Kretschmer weiter: "Der Bund ist bereit, eine halbe Milliarde Euro in ein Förderprogramm zur Qualitätsverbesserung der Lehrerausbildung zu investieren. Jahrelang war die Lehrerbildung der Länder nur das fünfte Rad am Wagen der Hochschulen. Mit den 500 Millionen Euro will der Bund daher die Qualität der Lehramtsausbildung in ganz Deutschland verbessern helfen. Unsere einzige Bedingung ist, dass sich die Bundesländer endlich auf eine gegenseitige Anerkennung ihrer Lehramtsabschlüsse einigen. Der Bildungsstaatsvertrag ist hierfür das geeignete Mittel."
Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht, erklärt: "Die Initiative zeigt, dass die Länder im Bildungsbereich durchaus in der Lage sind, die erforderlichen bundesweiten Standards festzulegen. Insofern erweist sich die entsprechende rot-grüne Forderung nach einer Grundgesetzänderung, um den Bund auch in die Schulpolitik hineinregieren lassen zu können, als unbegründet. Die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, Hannelore Kraft und Winfried Kretschmann, stehen in der Verantwortung, den Lehrerinnen und Lehrern jetzt endlich die bundesweite berufliche Mobilität zu gewähren."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.